



Foto: DBT/Hans-Günther Oed

Krisen stellen auch Pressefreiheit auf die Probe

Pressemitteilung von Doris Achelwilm, 30. April 2021

„Die aktuelle Krise stellt auch die Pressefreiheit auf die Probe“, so Doris Achelwilm, medienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai. Achelwilm weiter:

„Journalisten und Journalistinnen werden bei ihrer Arbeit beschimpft, bedroht und tätlich angegriffen. Die Vorfälle haben sich in Deutschland letztes Jahr mehr als verdoppelt. Diese Situation beunruhigt und darf nicht zur neuen Normalität werden. Damit Pressefreiheit wieder ausreichend geschützt ist, muss politisch mehr unternommen werden. DIE LINKE fordert, dass die Bundesregierung einen regelmäßigen Bericht über den Stand der Pressefreiheit erstellt. Ein solcher Pressefreiheitsbericht sollte auch die ökonomischen Konzentrationsprozesse und ihre Auswirkungen auf Pressefreiheit und -vielfalt analysieren.

Akut braucht es besseren Schutz für

Medienschaffende auf Demos von ‚Querdenkern‘ und Nazis. Die Polizei müsste hierfür Presseschutzzonen einrichten und besser im Umgang mit Medienvertreterinnen und Medienvertretern geschult werden. Ein neuer Kodex zum Umgang zwischen Presse und Polizei, wie ihn der Deutsche Presserat der Innenministerkonferenz bereits vor über sechs Monaten vorlegte, ist lange überfällig. DIE LINKE fordert ein Whistleblowerschutzgesetz, das investigativen Journalismus stärkt und die mutigen Menschen schützt, die gravierende Missstände in Wirtschaft oder Politik aufdecken. Auch dieses Gesetz ist in der laufenden Legislatur aufgrund der Union gescheitert; in der nächsten Wahlperiode muss hier endlich etwas kommen. Wir fordern außerdem die sofortige Freilassung von Julian Assange, der seit zwei Jahren in einem Hochsicherheitsgefängnis in London sitzt und um seine Freiheit und sein Leben kämpfen muss, weil er Kriegsverbrechen aufdeckte. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Gerade im vergangenen Jahr hat sich gezeigt: Ohne Journalistinnen und Journalisten, die vor Ort sind und genau hinschauen, frei berichten und Kritik üben können, geht es in Demokratien nicht. Es ist schlimm, dass sie wegen ungenügenden Schutzes inzwischen teils nur mit Security arbeiten können; traurig auch, dass dieser zentral wichtige Job wirtschaftlich weiteren Unsicherheiten unterworfen wird und zunehmend ein soziales Wagnis darstellt. Nicht nur zum Tag der Pressefreiheit müssen Regierungen deutlicher dafür einstehen, dass Journalisten und Journalistinnen ihre Arbeit unter guten Bedingungen und Löhnen und ohne Bedrohungen oder Angriffe ausüben können.“

*Die Fraktion DIE LINKE hat kürzlich den Antrag
„Pressefreiheit und Journalistinnen und Journalisten*

*besser schützen“ eingereicht, der am 7. Mai 2021 im
Plenum debattiert wird.*